

Für Englisch und für weniger Grundlagenfächer

Nicht überzeugt Die Baselbieter Regierung verlangt eine Verschiebung der gymnasialen Maturitätsreform.

«Eine Maturität ohne Englisch ist nicht zukunftsfähig», schreibt die Baselbieter Regierung in ihrer Vernehmlassungsantwort an den Bund und an die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren. Sie lehnt zentrale Neuerungen der geplanten gymnasialen Maturitätsreform ab und verlangt deren Verschiebung. Der Zeitgewinn soll für alternative Vorschläge verwendet werden. Baselland gehört zu jenen Kantonen, die eine hohe Abschlussquote an den Hochschulen verbuchen.

Kategorisch wendet sich Baselland gegen eine Matura, die ohne Englisch auskommt. «Das Fach Englisch muss zwingend als Grundlagenfach definiert sein, da es sich um eine Wissen-

schaftssprache schlechthin handelt.» Auch dessen Wegfall als Prüfungsfach sei nicht zukunfts-tauglich und sei weiterhin zu ermöglichen. Nichtsdestotrotz müssten aber gleichzeitig die Mint-Fächer gestärkt werden.

Gegen Verwässerung

Grundsätzlich abgelehnt wird die Erhöhung der Anzahl Grundlagenfächer von 10 auf 12–13. Damit werde die Anzahl der Maturitätsnoten erhöht und die Bedeutung der einzelnen Fächer reduziert – der Bildungsgang weiter fragmentiert. Einer weiteren Verwässerung der Maturität sei deshalb entgegenzuwirken. Der Kanton schlägt in seiner Stellungnahme vor, entweder nicht alle Grundlagenfächer

als Maturitätsfächer zu führen oder die Zahl sonstiger obligatorischer Fächer anzupassen. Kritisiert wird auch die Aufwertung von Philosophie und Religionen.

Auch die geplante Ausweitung der Schwerpunktfächer lehnt die Baselbieter Regierung ab. Mit der Wahl eines Schwerpunktfachs vertiefen Gymnasiastinnen und Gymnasiasten ein einzelnes Fach, das sie wissenschaftspropädeutisch ausrichten können. Konkret lehnt Baselland neue Schwerpunktfächer Sport, Theater oder Religionen ab. Es sei auch zu prüfen, ob einzelne der heute angebotenen Schwerpunktfächer gestrichen werden könnten. Auch die Einführung zusätzlicher Ergänzungsfächer beurteilt die Ba-

selbieter Regierung kritisch. Abgelehnt wird in der kantonalen Vernehmlassungsantwort auch eine Verschärfung der Maturitätsprüfungen. Die Selektion müsse früher geschehen.

Acht Jahre Umsetzungsfrist

Grundsätzlich ist der Kanton trotz seiner Kritik der Ansicht, dass eine Anpassung der Rahmenbedingungen für die gymnasiale Maturität notwendig sei. Die Ziele unterstütze die Regierung vollumfänglich, schreibt sie. Bei den Zielen der Reform geht es primär um den prüfungsfreien Zugang zu den Universitäten und um die Stärkung der Mint-Fächer Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Tech-

nik. Mehr Wert soll auch auf die Digitalisierung und die politische Bildung gelegt werden.

Doch weniger sei mehr, hält die Regierung fest. Die rein additive Erweiterung des Fächerkatalogs und der Wahlmöglichkeiten führten aber dazu, dass der Kern der Reform «aus pädagogischen, organisatorischen und finanziellen Überlegungen» problematisch sei. Der Kanton Baselland wehrt sich in Anbetracht der kritischen Punkte auch gegen eine Umsetzung in den Eintrittsklassen schon ab Sommer 2027. Er fordert eine Verlängerung der Umsetzungsfrist auf acht Jahre. Zeitdruck sei nicht nötig.

Thomas Dähler